

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 2

Artikel: Die Schweiz im Kielwasser des US-Imperialismus
Autor: Jost, Hans Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143390>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz im Kielwasser des US-Imperialismus

Es mag sein, dass dieser Titel den einen oder andern ärgert. Und doch charakterisiert er einen wichtigen Aspekt des Verhältnisses der Schweiz zu den Vereinigten Staaten. So möchte ich im folgenden aufzuzeigen versuchen, wie sich die schweizerische Aussenpolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Schatten der USA – andere belieben eher von Sonne zu sprechen – entwickelt hat. Doch bevor ich zum eigentlichen Thema übergehe, gilt es, kurz auf die Grenzen und Lücken meiner Ausführungen hinzuweisen.

So wird es mir im Rahmen dieses Artikels nicht möglich sein, die schweizerische Aussenpolitik in ihrer Gesamtheit darzustellen und zu beurteilen. Ich werde mich also darauf beschränken müssen, einige der wichtigsten Merkmale nur knapp anzudeuten. Ausserdem sind zentrale Bereiche bewusst ausgeklammert worden. Ich werde weder vom Flüchtlingsproblem noch von den Beziehungen zur Dritten Welt sprechen. Man wird allerdings sehr rasch feststellen können, dass die Beziehungen Schweiz-USA unvermeidlich auch das Problem der Dritten Welt beinhalten.

Wie es sich für einen Historiker geziemt, werde ich mich in erster Linie der Vergangenheit zuwenden. Mein Ausgangspunkt ist die *Nachkriegszeit*, die zweite Hälfte der vierziger Jahre. Damals wurden die wesentlichen Grundlagen des heutigen internationalen politischen Systems festgelegt. In Bezug auf die Schweiz kann man den Jahren 1946 bis 1947 vermutlich denselben Stellenwert beimessen wie den Jahren 1814 bis 1815, als am Ende der napoleonischen Ära die seinerzeitigen Grossmächte die

politische Ordnung für das 19. Jahrhundert diktierten. So wie die Schweiz damals ihren Platz zugewiesen erhielt, unterstellte man sie am Ende des Zweiten Weltkrieges der *Strategie der kapitalistischen Grossmächte* (oder der «freien» Marktwirtschaft). Das seinerzeitige Diktat der Grossmächte nannte sich «Heilige Allianz», während man heute – und dieser Begriff enthält bittere Ironie – von «Pax Americana» zu sprechen pflegt. In dieser Perspektive leben wir zur Zeit noch immer. So bringt uns ein Blick auf die Geschichte unvermeidlich auch in die unmittelbare Gegenwart zurück.

Zum vielschichtigen und komplexen Begriff «Aussenpolitik» sind ebenfalls einige kurze Vorbemerkungen am Platz. Aussenpolitik kann sich auf recht unterschiedlichen Ebenen abspielen. Ich unterscheide hier im wesentlichen deren drei: die offizielle Aussenpolitik des Staates; die halb privaten, halb öffentlichen Aussenwirtschaftsbeziehungen; schliesslich die Attitüde der Bevölkerung sowie deren Gesellschaften und Vereine, die im Ausland tätig sind. Meine Betrachtungen beziehen sich ausschliesslich auf die zwei erstgenannten Ebenen. Ich habe sie in vier Kapitel mit den folgenden Titeln aufgeteilt: 1. Die Schweiz und die USA am Ende des Zweiten Weltkrieges, 2. Der Schild, 3. Das Schwert und 4., gewissermassen als Schlussfolgerung, Die atlantische Solidarität.

Die etwas befremdlichen Begriffe «Schild» und «Schwert» bedürfen einer kurzen Erklärung. Ich bediene mich dieser Metaphern, um auf ein grundsätzliches Prinzip der schweizerischen Aussenpolitik aufmerksam zu machen. Diese

Politik besteht aus zwei Teilen: Die eine, der «Schild», enthält die staatliche Diplomatie, die offizielle Präsentation mittels nobler Parolen wie «Neutralität» und «Solidarität»; der Schild ist eine Art Visitenkarte, die allerdings in erster Linie für den Träger des «Schwertes» angefertigt worden ist. Jenes, das Symbol des zweiten Teils der schweizerischen Aussenpolitik, bildet die dynamische Waffe der Wirtschaft. Der Schild schafft die für eine aktive und aggressive Wirtschaftspolitik notwendige Abschirmung. Das Schwert aber, dies sei in Erinnerung gerufen, scheut das Blut nicht.

Diese metaphorische Erklärung wird von seriösen, gleichsam halbamtlichen Darstellungen zur Aussenpolitik durchaus auch angedeutet. «Die Neutralitätspolitik ergibt», heisst es etwa im «Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik» von 1975, «den geeigneten Rahmen für ein Land, welches zur Befriedigung seiner wirtschaftlichen Existenz- und Expansionsbedürfnisse auf die internationale Dimension angewiesen ist.»¹ Die Schweiz hat also ein existenzielles Bedürfnis, das in erster Linie durch einen expansiven Aussenhandel zu befriedigen ist. Und der schön polierte Schild, «propre en ordre», mit den Schlagworten «Neutralität» und «Solidarität» liefert diesem «dynamischen» Aussenhandel den idealen Rahmen.

1. Die Schweiz und die USA am Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Schweiz und die USA haben, obwohl von unterschiedlicher Grösse und durch ein weites Meer getrennt, einige sehr wichtige Gemeinsamkeiten. Beide Länder verfügen am Ende des Zweiten Weltkrieges über einen intakten Produktionsapparat. Und trotz der enormen Kriegskosten sind ihre finanziellen Reserven beträchtlich. Die durch die Kriegsproduktion auf ein hohes Niveau gebrachte wirtschaftliche Kapazität übertrifft die Nachfrage des einheimischen Marktes.

Diese Situation prägt auf ganz bestimmte Weise die Haltung der politisch führenden Schichten. Man erwartet nämlich, sowohl in der Schweiz als auch in den USA, eine Nachkriegskrise, vergleichbar mit den Wirtschaftseinbrüchen von 1921 oder 1929. In der Schweiz insbesondere stehen die politischen Voraussagen unter dem Eindruck der Erinnerungen an den Landesgeneralstreik von 1918 und an die scharfe Krise zu Beginn der zwanziger Jahre. Man äussert nicht selten die Vermutung, dass ein ähnlicher Konflikt erneut ausbrechen könnte. In beiden Ländern ist man zumindest überzeugt, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen nicht zu vermeiden sind. Schliesslich herrscht in den führenden Schichten eine nicht unbedeutende Angst vor einem politischen Umschwung. Man schliesst die Möglichkeit eines Staatssozialismus, ja eine Art kommunistischen Einbruch nicht aus.

Doch gehen wir nun etwas genauer auf die *gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten* ein, damit wir dann besser verstehen können, inwieweit die Schweiz ihre Politik unter dem Einfluss der USA neu definierte.

Präzisieren wir zuerst die Frage der *Arbeitslosigkeit*. Die amerikanische Administration und einflussreiche Kreise der Wirtschaft messen ihr eindeutig eine grosse Bedeutung bei. Zur Zeit der japanischen Kapitulation stehen noch 12 Millionen Soldaten unter den Fahnen. Dies entspricht 18 Prozent der aktiven Bevölkerung, könnte also auch 18 Prozent potentielle Arbeitslose bedeuten.

Das Ende der Kriegsproduktion wird, so fürchtet man, einen schweren Wirtschaftseinbruch bewirken. Schon allein der Rückgang der Staatsausgaben lässt aufhorchen: Sie sind von 91 Milliarden Dollar auf 26 Milliarden Dollar gesunken. Für die Nachkriegszeit rechnen die meisten offiziellen und auch die halbstaatlichen Expertenkommissionen mit fünf bis zwölf Millionen Arbeitslosen.

Nach den Schlussfolgerungen aus diesen Wirtschaftsprognosen war es unumgänglich, mit aller Kraft die Aussenmärkte zu öffnen und zu beherrschen, sich der ökonomischen Vorherrschaft in einem möglichst grossen Teil der Welt zu versichern, um dank des Aussenhandels die amerikanische Industrie auf ihrem Stand zu halten. In diese wirtschaftspolitischen Überlegungen hat man übrigens von Anfang an die Möglichkeit militärischen Druckes miteinbezogen, was nebenbei noch den Vorteil hatte, die nicht unbedeutende Gruppe der Berufsmilitärs zu beruhigen.

Es steht Beträchtliches auf dem Spiel: Mit einer Bevölkerung, die nur 6,5 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, verfügen die USA über einen Drittel der Produktion von Baumwolle und Weizen, verbrauchen die Hälfte des insgesamt produzierten Stahls und 70 Prozent des Petrols – kurz, die Amerikaner profitieren praktisch von der *Hälfte der materiellen Reichtümer der Welt*. Und, wie hohe Repräsentanten der Administration gelegentlich mit einem gewissen Zynismus feststellen, es musste alles getan werden, um dieses Ungleichgewicht aufrechtzuerhalten. In diesem Rahmen wird der US-Imperialismus der Nachkriegszeit definiert.²

Betrachten wir rasch einige der Konsequenzen, die daraus für die Beziehungen zwischen den *USA und Europa* erwachsen. Im Mittelpunkt steht bekanntlich der «*Marshall-Plan*», diese amerikanische Wirtschaftshilfe, anscheinend Ausdruck der neuen, atlantischen Humanität. Nun, heute macht sich niemand mehr Illusionen: Der Marshall-Plan diente tatsächlich in erster Linie dazu, die amerikanische Wirtschaft zu stützen sowie die europäischen Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus zu vereinigen. Diese Zielvorstellungen wurden beispielsweise in aller Deutlichkeit von William Clayton, Assistant Secretary of State for Economic Affairs, bestätigt, als er 1947 vor dem Kongress erklärte, diese

im Rahmen des Marshall-Planes gewährten Kredite seien unentbehrlich, wenn man die europäischen Märkte für die amerikanischen Exporte erobern und – hier berührte er die Problematik der Dritten Welt – Lateinamerika enger an die USA heranbringen wolle. Tatsächlich riskierten ja die südamerikanischen Länder wirtschaftlich schwerwiegende Engpässe, wenn sie ihre Produkte nicht auch in Europa abzusetzen vermochten. Damit hätten aber auch die USA in Lateinamerika ihre Waren kaum mehr abbringen können. Dies ist eines jener Beispiele, die uns auf die weltweiten Dreiecksbeziehungen hinweisen, welche die Wirtschaftsräume von Europa, den USA und der Dritten Welt verbinden.

Was nun die *Schweiz* anbelangt, so findet sie sich am Ende des Zweiten Weltkrieges, wirtschaftlich gesehen, in einer Lage, die durchaus den Interessen dieser amerikanischen Politik parallel laufen. Doch ist es wirklich gestattet, das kleine Alpenland Schweiz an den Perspektiven der Grossmacht USA zu messen? In diesem Zusammenhang drängt sich ein knapper Hinweis auf die *tatsächliche Stärke der Schweiz des 20. Jahrhunderts* auf. Gewiss, die Grösse ihres Territoriums gibt ihr nur den 102. Platz auf der Weltrangliste, doch ihr Aussenhandel steht an 12. Stelle, im Kapitalexport nimmt sie den 5. Platz ein, und misst man diesen gar an der Bevölkerungszahl, so steht die Schweiz weit vorn an der Spitze. Betrachtet man das Gewicht der multinationalen Gesellschaften, so zählt die Schweiz deren 5 pro 1 Million Einwohner. In den Vereinigten Staaten sind es nur 1,4 Einheiten auf 1 Million Einwohner. Kurz: Die Schweiz zählt in wirtschaftlicher Hinsicht zu den 12 wichtigsten Ländern dieser Welt des 20. Jahrhunderts.

Im übrigen lädt noch ein anderer Aspekt zum Vergleich der beiden Länder ein. Im 19. Jahrhundert gefielen sich beide Staaten darin, das Gemeinsame ihrer *demokratischen Institutionen* zu prei-

sen. Man sprach vor allem 1848 bei der Gründung des Bundesstaates von den hohen Idealen der beiden «Schwesterrepubliken». Mit dem 1850 vereinbarten und 1855 ratifizierten Handelsvertrag schloss man eine wahrhaft republikanische Ehe. Heute nehmen die Vereinigten Staaten den fünften Platz unter den Handelspartnern der Schweiz ein.

Vergessen wir aber auch nicht, dass die Schweiz sich im 19. Jahrhundert schon, um mit dem Basler Historiker Werner Kägi zu sprechen, «im *Kielwasser der ausländischen Kriegsschiffe*», auch jener der USA, befand. So unterzeichnete beispielsweise die Schweiz 1864, zehn Jahre nach der gewaltsamen Öffnung der japanischen Häfen durch US-Kommandant Perry, mit diesem fernöstlichen Land einen Handelsvertrag, ähnlich wie ihn die USA zuvor erzwungen hatten. Das weisse Kreuz im roten Feld konnte sich stolz neben den «Stars and Stripes» entfalten.

2. Der Schild

Die offizielle Diplomatie ist in erster Linie Träger des Schildes, dessen Wappen die sorgfältig gepflegte *Reputation der neutralen Schweiz*, ihre Rolle als Schiedsrichter und ihre «Guten Dienste» anpreist. Allerdings war am Ende des Zweiten Weltkrieges sein Glanz etwas verblasst, und es galt vor allem, einige braune Flecken zu entfernen. Den Vereinigten Staaten missfiel in erster Linie die Beteiligung der Schweiz an der Kriegswirtschaft Nazi-Deutschlands. Auch Frankreich hielt mit Kritik nicht zurück, da die Schweiz de Gaulle lange die kalte Schulter gezeigt und ihre Sympathie für Vichy durchaus nicht verborgen hatte. Am angenehmsten gestaltete sich das Verhältnis mit England. Churchill jedenfalls, fürstlich eingeladen von Kreisen der Schweizer Finanz, benutzte die Schweiz als Plattform, um seine grosse antikommunistische Kampagne einzuleiten. Stalin hinwiederum, der die Schweizer schlicht als Schweine zu bezeichnen pflegte, blieb ruppig und abweisend. Um

die seit der bolschewistischen Revolution unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, musste unser Aussenminister, Bundesrat Pilet-Golaz, über die Klinge springen. Im übrigen erlaubte die Aufnahme der Beziehungen mit der UdSSR den vereinzelt Sozialdemokraten im diplomatischen Dienst, endlich auch eine ihren Fähigkeiten entsprechende Karriere zu machen. Sie sollten dem in Moskau vorgetragenen Schild zu einer rosaroten Note verhelfen.

Um diese nun sehr delikate Politik der Nachkriegszeit auch wirkungsvoll umzusetzen, musste der Schild mit einer neuen Parole versehen werden. Der Nachfolger von Pilet-Golaz, Max Petitpierre, fand dafür die Worte «Neutralität und Solidarität». Mit dem *Begriff «Solidarität»* sollte wohl die zwiespältige Haltung der Schweiz während der faschistischen Herrschaft, insbesondere in der Flüchtlingsfrage, vergessen gemacht werden. Doch er verwies auch auf das neue Engagement in Europa, das die Schweiz mit einer Reihe von Krediten an die kriegsverwüsteten Länder einleitete. Man kann dies durchaus als *kleinen helvetischen Marshall-Plan* bezeichnen. Von der Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Nachbarländer mit Krediten wurden profitable Bestellungen bei der Schweizer Industrie erwartet. Doch schon im Februar 1947 empfahl das politische Departement seinen Mitarbeitern im Ausland, in Sachen schweizerischer Unterstützungen äusserste Diskretion walten zu lassen. Vermutlich hatten die Schweizer Banken inzwischen wieder Vertrauen gefasst und verbatene Konkurrenz der Eidgenossenschaft auf den internationalen Finanzmärkten. Schliesslich standen beträchtliche Interessen auf dem Spiel, hatten sich doch während des Krieges grosse Kapitalien in der Schweiz angehäuft. Wie auch immer: Diese schöne «Solidarität» erwies sich bald als äusserst beschränkt. Wie Chr. Graf in seiner sehr reichhaltigen Studie gezeigt hat³, unterlag die Erneuerung der

Auslandsbeziehungen der Schweiz – unsere Diplomatie wurde dabei von den grossen Wirtschaftsverbänden nicht nur beraten, sondern geradezu bevormundet – dem unmittelbaren Interesse des Privatkapitals und der Wirtschaft.

Der Vollständigkeit halber möchte ich dennoch auch an die *Guten Dienste* der Schweiz dieser Jahre erinnern. Unser Land beteiligte sich an der Überwachungskommission in Korea, und es beherbergte wichtige internationale Tagungen wie beispielsweise die Indochina-konferenz von 1954. Doch auch diese internationale Disponibilität hat ihre Schattenseiten, wie unser Verhältnis zur UNO zeigt. Offiziell wurde selbstredend eine sehr positive Einstellung an den Tag gelegt, doch wenn man ein wenig unter die Oberfläche schaut, findet man in vielen einflussreichen Kreisen handfeste Widerstände. So sprach sich schon in einer im Sommer 1945 von Petitpierre einberufenen Expertenkommission nur ein einziges Mitglied ohne Vorbehalt für den Beitritt zur UNO aus. Es handelte sich darüber hinaus um eine Persönlichkeit, J.R. von Salis, die eben gerade nicht zum politischen Establishment zu zählen ist (nachzulesen in seinen sehr aufschlussreichen Memoiren). Ähnlich zwiespältig entwickelten sich die Beziehungen zu den Oststaaten, beispielsweise zur DDR. Und schliesslich sei noch vermerkt, dass die «Solidarität» in Bezug auf die Länder der Dritten Welt praktisch inexistent war. Die heute erreichte Entwicklungshilfe, die 0,25 Prozent des Bruttosozialprodukts beträgt, nimmt unter den industrialisierten Ländern immer noch einen der hintersten Plätze ein. Da hilft es auch nicht, wie die NZZ zu tun pflegt, mit den Worten «klein aber fein» das Bild verschönern zu wollen.

Trotz dieser zwiespältigen Haltung gelang die Politur des Schildes recht gut. Nicht nur erschien die «Neutralität» wieder in frischen Buchstaben – übrigens auch eine clevere Maxime, um sich den schweren Problemen der Nachkriegszeit

elegant zu entziehen –, sondern auch die eher als Lippenbekenntnis vorgetragene Solidarität blieb haften. Aber vergessen wir darüber nicht, dass diese offizielle Aussenpolitik der Schweiz ansonsten sehr dehnbar ist. Sie passt sich in der Regel den Erfordernissen der Grossmächte an, während ihr Diskurs vor allem den Schild zu schmücken hat, damit dieser umso besser das Schwert verbirgt.

3. Das Schwert

Das Schwert ist, wie gesagt, die *Waffe des Aussenhandels*. Dieser spielt sich zu vier Fünfteln mit den nichtkommunistischen Ländern Europas und mit den USA ab. Doch das verbleibende Fünftel ist nicht zu unterschätzen. Während nämlich der Handel mit den industrialisierten Ländern für uns eine negative Bilanz ergibt, läuft der Austausch mit den Ländern dieses letzten Fünftels zu unsern Gunsten ab. Zudem war die Wachstumsrate mit diesen Ländern oft grösser als jene mit den industriellen Partnern. Wir *profitieren* ohne Zweifel von den armen Ländern.

Doch wer führt dieses Schwert? Wer sind die Regisseure dieser *anderen Aussenpolitik*, der es nicht in erster Linie um das gute Image, sondern um Profit geht? Aus Platzgründen beschränke ich mich darauf, nur zwei der wichtigsten Elemente vorzustellen. Ich meine einerseits die «*Ständige Wirtschaftsdelegation*» und andererseits die «*Konsultative Kommission für Handelspolitik*». Erstere ist gebildet aus dem Direktor der Handelsabteilung als Präsident, dem Generalsekretär des politischen Departements, dem Direktor des Vorortes des Handels- und Industrievereins – dem sogenannten achten Bundesrat – sowie aus Vertretern wichtiger wirtschaftlicher Dachverbände. 1939 auf Grund eines unveröffentlichten Bundesratsbeschlusses ins Leben gerufen, usurpierte diese Kommission eine entscheidende Rolle in den Aussenbeziehungen, ohne sich allerdings um die offiziellen Prinzipien unserer Aussenpolitik

allzusehr zu kümmern. Die andere, die wiederum vom Direktor der Handelsabteilung präsidierte «Konsultative Kommission für Handelspolitik» umfasst ebenfalls wichtige Wirtschafts- und Finanzvertreter. Man kann wohl ohne Übertreibung behaupten, dass rund ein Drittel des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes sich, in enger Zusammenarbeit mit den Dachverbänden der Wirtschaft, mehr oder weniger direkt um Aussenpolitik kümmert. In diesem Rahmen werden die sogenannten «echten» Interessen der Schweiz definiert. Ihr Ziel ist – und hier drängt sich ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten erneut auf – die *Eroberung ausländischer Märkte*, die, wie die oben angeführte Stelle im «Handbuch der Aussenpolitik» unterstreicht, für die «Existenz- und Expansionsbedürfnisse» unseres Landes unentbehrlich sind.

Diese Verhältnisse im aussenpolitischen Apparat werden durch eine kleine Anekdote von Daniel Frei⁴ bestens illustriert. Die «eigentlichen» Träger der Aussenpolitik, die Diplomaten, berichtet Frei, würden einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit damit verlieren, herauszufinden, welche Kommissionen der Schweiz mit welchen Verwaltungsstellen des Gastlandes gerade in Verhandlung stehen.

In Bezug auf diese Ebene der Aussenpolitik geziemt es sich, nicht mehr von «Neutralität und Solidarität» zu sprechen, sondern besser von «*Solidarität für Profite*».

4. Die atlantische Solidarität

Wir kommen damit zur Rolle der Vereinigten Staaten bei der Gestaltung unserer Aussenpolitik. Etwas leichtfertig formuliert wäre ich beinahe geneigt, von einer *Allianz des Geldes* zu sprechen. Um diesen Ansatz besser auszuleuchten, müssen wir noch einmal in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückkehren.

Wir erinnern uns, dass sich die Schweiz in einer gewissen Isolation befand und

dass die Amerikaner vor allem mit ihrem Misstrauen nicht zurückhielten. Umgekehrt aber beunruhigte die *amerikanische Dominanz* in Europa nicht wenige Schweizer. General Guisan hatte beispielsweise den französischen General Lattre de Tassigny gebeten, seinen Vorstoss entlang der Schweizergrenze durchzuführen, und dies nicht allein, um eine deutsche SS-Division von unsern Grenzen fernzuhalten, sondern auch, um der Schweiz die direkte Nachbarschaft amerikanischer Truppen zu ersparen. Gewiss hatte man nicht Angst vor dem «GI», dem US-Soldaten, aber Guisan liebte nicht sonderlich dessen Erscheinung, seine der helvetischen Disziplin widersprechende Uniform, den Kaugummi und das Coca-Cola.

Doch Europa stand ohne allen Zweifel unter amerikanischer Vorherrschaft, eine Tatsache, die auch die Schweiz unmittelbar zu fühlen bekam. Im März 1945 hielt sich in Bern eine alliierte, nach ihrem amerikanischen Leiter genannte Kommission Currie auf, die schlicht den totalen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland verlangte und darüber hinaus darauf bestand, dass die Schweiz die in unserem Lande verwahrten deutschen Guthaben herausgeben sollte. Dieses Verlangen wurde als eines Rechtsstaats – ein auch heute beinahe heiliger Begriff – unwürdig, allerdings mit wenig Erfolg, zurückgewiesen. Am Ende der Verhandlungen konnte Currie jedenfalls nach Washington telegraphisch berichten: «The Swiss delegation capitulated today.» Das war der Anfang von Vereinbarungen, welche die Schweiz den USA zugestehen musste. So verlangten die Vereinigten Staaten eine Art Eintrittspreis für die Beteiligung an den neuen Märkten der Welt. Am 25. Mai 1946 wurde das «*Washingtoner-Abkommen*» geschlossen, mit dem die Schweiz akzeptierte, als Entschädigung für den lukrativen Handel mit Deutschland während des Krieges – vor allem aber auch für die Reinwaschung von deutschem Raubgold

– den USA 250 Millionen Franken in Gold auszuhändigen. Das war eine der Schlacht von Marignano (1515) vergleichbare Niederlage. Aber wie diese damals der Schweiz – vom französischen König gnädig erlassene – Wirtschaftsprivilegien eröffnete, so zeigte sich diesmal Onkel Sam grosszügig und erlaubte den Eidgenossen, sich erneut ins Kielwasser der USA zu begeben. Diskret wurde auch die schwarze Liste, die jene durch den Handel mit Nazi-Deutschland allzu kompromittierten Schweizer Firmen enthielt, zurückgezogen.

Die wichtigste Konsequenz dieser Vereinbarungen war der Beitritt der Schweiz zur «*Organization for European Economic Cooperation*» (OEEC), eine Organisation mit wirtschaftlicher Zielsetzung, zugleich aber auch ein politisches *Instrument der USA*, um ihre Dominanz in Europa zu festigen. Die Schweiz war übrigens das einzige Land, das keine der in diesem Rahmen verteilten Kredite entgegennehmen durfte, sondern das im Gegenteil seine Eintrittskarte in bar beglich. Aber dank der Freigabe der schweizerischen Guthaben in den Vereinigten Staaten konnte die Schweiz nun, als Juniorpartner neben der amerikanischen Finanz und Industrie, am aufblühenden Handel der Nachkriegszeit teilhaben. Und ohne das Wohlwollen der USA hätte sich der Schweizer Franken wohl kaum so leicht zu einer bevorzugten Währung, die den Dollar damals so gut ergänzte, entwickeln können.

Gewiss, diese komplexe und oft auch schmerzhaft Integration in die grosse amerikanische Wirtschaftswelt hatte auch ihre negativen Seiten. Es fehlte keineswegs an harten Auseinandersetzungen und an heftigen Konflikten. Den Kampf um die Präsenz in Indonesien beispielsweise, wo die Amerikaner ihre Interessen ohne Rücksichten durchzusetzen versuchten, kommentierte der Schweizer Botschafter mit folgender trockenen Bemerkung: «Il s'agit précisé-

ment pour nous de nous ménager une place au soleil sans tarder.»⁵ Oft auch wurde die helvetische Finanzwelt durch die unzimperlichen Usancen der Amerikaner brüskiert. Ich würde dies aber nur als übliche Familienstreitigkeiten, wie sie in jeder gutbürgerlichen Gesellschaft vorkommen, bezeichnen. Sie haben kaum jemals die zwecks Maximierung des Profits begründete Interessengemeinschaft der Schweiz und der USA ernsthaft gefährdet. In diesem Zusammenhang muss nun aber auch die Parole «Solidarität und Profit» durch jene ergänzt werden, die das Verhältnis der Schweiz zu den USA miteinbezieht: Atlantische Solidarität – mit allen ihren Konsequenzen.

1 Handbuch der Schweizerischen Aussenpolitik, 1975, S. 705.

2 Vgl. z.B. P. Schmid, Die Expansion des amerikanischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg – Eine sozialimperialistische Interpretation, in: Schweiz. Zeitschrift für Geschichte 27, 1977, S. 441–482.

3 Chr. Graf, Die Schweiz und die Dritte Welt, in: Studien und Quellen 12, hg. vom Schweiz. Bundesarchiv, Bern 1986.

4 In: Handbuch Politisches System der Schweiz, Bd.1, 1983, S. 488.

5 Graf, a.a.O., S. 80.